
111/PET XXIV. GP

Eingebracht am 17.06.2011

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Petition

Abg z Nationalrat
DI Dr Wolfgang PIRKLHUBER



Parlament

Der Grüne Klub im Parlament
A-1017 Wien

Telefon (01) 401 10 - 6698
Telefax (01) 401 10 - 6793, 6883
Email: infopool@gruene.at
Web: <http://www.gruene.at>

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag^a Barbara Prammer

Parlament
1017Wien

Wien, 16. Juni 2011

Betreff: Petition der Marktgemeinde Gaweinstal zum weltweiten Atomausstieg

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Gemäß § 100 Abs. 1 GOG-NR überreiche ich die Petition der Marktgemeinde Gaweinstal zum weltweiten Atomausstieg mit dem Ersuchen um geschäftsordnungsmäßige Behandlung.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Pirkhuber

DER GRÜNE KLUB IM PARLAMENT
A-1017 Wien, Telefon +43-1-40110-6672, Telefax +43-1-40110-6882, DVR 0543888;
Email: wolfgang.pirkhuber@gruene.at

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

www.parlament.gv.at

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei übermittelt Ihnen die Marktgemeinde Gaweinstal, Niederösterreich, Bezirk Mistelbach, Weinviertel, die in der letzten Gemeinderatssitzung beschlossene Resolution an das Österreichische Parlament und die Bundesregierung sowie die Petition zum weltweiten Atomausstieg.

Mit freundlichen Grüßen

Gerald Schalkhammer
Amtsleiter
Marktgemeinde Gaweinstal
Kirchenplatz 3
A-2191 Gaweinstal

Tel.: +43 (0)2574/2221 DW 11
Fax.: +43 (0)2574/2221 DW 28
Handy: +43 (0)680/2349968
Mail.: schalkhammer@gaweinstal.gv.at
Homepage: www.gaweinstal.at

MappenID:40185_fi20110000009005

08/02/11

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die **öffentliche Sitzung des Gemeinderates** der MarktgemeindeGaweinstal **am 27.04.2011** im Sitzungssaal der Marktgemeinde Gaweinstal.

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20:27 Uhr

Anwesende:

Bgm.	Richard	SCHOBER			
Vizebgm.	Ferdinand	BAMMER			
gGR	Johann	FIDLER	gGR	Monika	ARTHABER
gGR	Thomas	WIMMER	gGR	Johannes	
		RABENREITHER			
gGR	Mag. Johannes	BERTHOLD	GR	Maria	KOCH
GR	Josef	WEINMAYER	GR	Johann	KUZDAS
GR	DI Doris	SCHÜTT	GR	Erwin	SCHOBER
GR	Josef	STELZL	GR	Markus	HOLZMANN
GR	RegR Herbert	KIENAST	GR	Reinhard	WÜRZL
GR	Dipl.-Ing. Michael	REITTER	GR	Heidelinde	ESBERGER
GR	Monika	WALZER	GR	Rainer	HICKL

Entschuldigt waren:

GR	Ing. Mag. Hubert	KUZDAS	gGR	Ing. Wolfgang	HACKL
GR	Ing. Bernhard	EPP			

Unentschuldigt waren:

Außerdem waren anwesend:

VB	Gerald	SCHALKHAMMER - als Schriftführer
----	--------	----------------------------------

Die Sitzung war öffentlich und beschlussfähig.

Tagesordnung
Siehe Einladung vom 18.04.2011

TOP 16: Dringlichkeitsantrag: Resolution an das Österreichische Parlament und die Bundesregierung: Petition zum weltweiten AtomausstiegSachverhalt:

Der Vorsitzende berichtet über den Dringlichkeitsantrag der SPÖ Gaweinstal, der wie folgt lautete:

Das unserer Gemeinde am nächsten liegende Atomkraftwerk ist wenige Kilometer von der Staatsgrenze entfernt. Die Katastrophe von Fukushima hat gezeigt, dass Atomenergie nicht beherrschbar ist. Österreichs Sicherheit kann also nur durch einen europaweiten Atomausstieg gewährleistet werden. Bundeskanzler Werner Faymann initiiert deshalb gemeinsam mit der SPD eine europaweite Bürgerinitiative für den Atom-Ausstieg. Österreich nimmt mit seiner konsequenten Anti-Atom-Haltung in Europa eine Sonderstellung ein. Wirft man einen Blick auf Europas Regierungen, wird schnell klar, dass diese mehrheitlich gegen ein Ende der Kernenergie sind. Europaweit gibt es 143 Atomkraftwerke, 13 davon liegen in Grenznähe zu Österreich. Die wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen die starke Atomlobby sind daher die europäischen Bürgerinnen und Bürger. Daher gilt es jetzt, eine gemeinsame Bürgerbewegung zu starten.

Antrag der SPÖ Gaweinstal an den Gemeinderat:

- Beiliegende Petition der Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000 (www.atomausstieg.at) zu unterstützen.

Petition zum weltweiten Atomausstieg

Mit Entsetzen und Trauer verfolgen wir die Katastrophe in Japan. Unsere Gedanken und unser Mitgefühl sind bei den vielen Opfern und ihren Familien.

Wir sind erschüttert, dass 25 Jahre nach Tschernobyl in Japan offenbar ein Super-GAU passiert, mit unermesslichen Folgen für die Menschen in Japan. Die Jahrhundertkatastrophe in Japan zeigt ganz klar: Atomkraft ist nicht sicher und wird es auch nie sein. Es ist niemals auszuschließen, dass es durch Menschliches Versagen (wie vor 25 Jahren in Tschernobyl), durch Sicherheitsmängel (wie bei den AKW an Österreichs Grenze) oder Naturkatastrophen wie in Japan zu schweren Unfällen kommen kann, die unermessliches Leid für hunderttausende Menschen bedeuten. 1978 konnten wir mit einer Volksabstimmung gemeinsam Zwentendorf verhindern. Jetzt wollen wir den weltweiten Atomausstieg und beginnen hier und jetzt in Europa:

ABSCHALTEN! JETZT!**1. Sofortige Abschaltung aller Hochrisiko-Reaktoren in Europa!**

Dazu zählen:

- Siedewasserreaktoren vom Typ Fukushima (z.B. Isar 1 in der Nähe von München/Deutschland)
- AKW in Erdbebengebieten (z.B. Krsko in Slowenien und Neckarwestheim in Baden-Württemberg)
- AKW ohne Schutzhülle (Containment), z.B. die grenznahen AKW Mochovce, Bohunice/Slowakei, Dukovany/Tschechien, Paks/Ungarn

- AKW, die älter als 30 Jahre sind (z.B. AKW Biblis A und B in Hessen/Deutschland) bzw. deren Versorgungseinrichtungen (Strom, Kühlmittel, etc.) unzureichend gegen Ausfälle oder Terroranschläge gesichert sind.

2. Stopp für Laufzeitverlängerung und Neubaupläne von AKW!

Ganz wichtig für Österreich: Das AKW Mochovce in der Slowakei darf nicht ausgebaut werden. Es gab keine EU-gesetzeskonforme Umweltverträglichkeitsprüfung. Deswegen muss die Bundesregierung ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Slowakei einleiten.

3. Abschaltplan für alle anderen europäischen AKWs bis 2020!

4. Stopp der Milliarden-Subventionen an die Atomindustrie!

Der EURATOM-Vertrag muss zum Ausstiegsvertrag werden und darf nicht länger die Atomindustrie finanzieren.

5. Nachhaltige Investitionen in erneuerbare Energien und Effizienz!

„Ökostrom statt Atomstrom“: Energieversorger müssen Pläne vorlegen, wie sie aus Atomstromimporten aussteigen. Energieeffizienzoffensive: Die österreichische Bundesregierung muss eine Energieeffizienz-Milliarde bereitstellen.

- Sie in Form einer Gemeinderesolution an das Österreichische Parlament und die Bundesregierung weiterzuleiten
- Und die Bundespolitik damit aufzurufen, sich weiterhin für einen Europa- und Weltweiten Atomausstieg einzusetzen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: einstimmig